

# Volksmacht

für Schlesien

Wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Handfun“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filialen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Anstreger zu beziehen. Der Preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn 2,10 Rml. Druck die Post einchl. Zustellungsgebühren 2,40 Rml.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengebote, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das je 11 Uhr 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückerhoben, wenn Rückporto beiliegt

# Gegen den Faschismus, für die Demokratie

## Kundgebung der Berliner Arbeiter gegen den Faschismus

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Montag im Lustgarten eine Kundgebung „Gegen Diktatur Faschismus - für Demokratie und Arbeiterrecht“. Etwa bis 100 000 Arbeitnehmer waren der Parole gefolgt. Der Garten war bis auf den letzten Platz gefüllt. In der Ansprache führte Reichspräsident Loh aus:

Am Tage vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages hat die Berliner Sozialdemokratie zur Heerschau aufgerufen, um der Sozialdemokratischen Fraktion zu zeigen, daß sie in dem Kampf, den es jetzt auszufechten gilt, auf ein unerschütterlich politisch geschultes Massen stützen kann, das gewillt ist, die Rechte der deutschen Arbeiterschaft, die Gleichberechtigung zu verteidigen. Mit Drohungen und mit Versprechungen haben die Anhänger der Diktatur einen ansehnlichen Teil der Arbeiterschaft hinter sich gebracht. Unsere Kundgebung soll Ihnen zeigen, daß wir Ihnen für den Fall, daß Sie ihre Drohungen wahr machen wollen, die wir nicht schuldig bleiben werden. Was das Bürgerium in der augenblicklichen Situation zu tun hat, ist seine Sache. Wir aber sagen: sie sollen nur kommen! deutschen Sozialdemokraten werden ihnen ein eisernen Willen und, wenn es sein muß, die Arbeiterfaust entgegen halten. Geschlossen zu werden wir uns den Drohungen der Nationalisten widersetzen.

Die Anhänger der Diktatur nennen sich Arbeiterpartei, nennen sich Nationalsozialisten. Wo sind die Arbeiter, die Sozialisten, die von ihnen auch nur eine Tat erwarteten? Die Reaktion und das Bankrott sind es in Wirklichkeit, die auf das Land mit dieser „Arbeiterpartei“ warten. In den Ländern Deutschlands, in denen die Nationalsozialisten in der Regierung sitzen, gehen sie nicht mit den Arbeitern, sondern mit den Kapitalisten. Und wird Hitler die Kriegsgelüste befriedigen? In einem Interview hat er dies erklärt, daß er keine neuen Verpflichtungen übernehmen, die alten aber pünktlich erfüllen werde. In diesem Interview gab Hitler allerdings nach der Wahl. Nun, danken wir zur Fortsetzung der Politik Stresemanns. Ebenfalls kann Hitler etwas an der Wirtschaftskrise, an der Arbeitslosigkeit der breiten Massen oder an der Not des Mittelstandes tun. Im Gegenteil: Seit dem Erscheinen der Hitlerliste am 1. September ist seit eine Milliarde kurzfristiger Kredite, die die Wirtschaft nach Deutschland gab, gekündigt worden, fast eine Milliarde des Geldes hat zur Stützung der Mark an fremde Banken zurückfließen müssen. Noch befrachten 5 Milliarden fremder Kredit unsere Wirtschaft. Aber es ist klar, daß jeder weitere Schritt des Nationalismus die deutsche Wirtschaft in einem Tempo lähmt. Zerfallen, nur zerfallen kann ein Nationalismus, nicht aber aufbauen. Aufbau ist nur durch organische ständige Tätigkeit.

Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Lohs keine mit starkem Beifall aufgenommenen Aussagen.

## Die Konkurrenz der Butter zur Margarine

Die Konkurrenz der Margarine-Industrie infolge der Konkurrenz der Arbeiterpartei  
In ihren Vierteljahrsberichten über die Konkurrenz in allen Zweigen der Industrie, den die rheinischen Deputierten regelmäßig der Öffentlichkeit unterbreiten, ist alles auf einen Ton gestimmt: Abwärtsentwicklung! Nur eine Branche macht eine Ausnahme. Dazu schreibt die „Frankfurter Wirtschaftszeitung“, die amtliche Zeitschrift der rheinischen Handelskammer:  
Die Kunstbutter- und Speisefettindustrie bedarf über eine gute Beschäftigung bei schwerem Konkurrenzkampf. Der Rohstoffbezug aus dem Ausland bereitet keine Schwierigkeiten. In der Preisgestaltung sind rückläufige Tendenzen festzustellen, zum Teil wegen der Quittungspreise unter denen der Vorkriegszeit. Die Zahl der Arbeiter und Arbeiterin erfährt eine leichte Steigerung. Infolge der Preissteigerung und mit Rücksicht auf die niedrigen Preise wird im nächsten 6 bis 8 Monate mit einem guten Absatz gerechnet. Die Tatsache, daß für die nächsten Monate mit einem guten

## Heute Zusammentritt des Reichstages

Am Montag-Nachmittag tritt der neue Reichstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Am Dienstag wird er sein Präsidium wählen und am Mittwoch oder Donnerstag wird er eine Erklärung der Reichsregierung entgegennehmen, deren Richtlinien am vergangenen Sonnabend in einer Ministerbesprechung festgelegt worden sind. Am Freitag oder Sonnabend dürfte die Abstimmung über die gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensanträge und die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten erfolgen.

## Ein politischer Mord

Kommunist ermordet einen anderen, weil der ihn als Zeuge belästete

Hannover, 12. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Die politische Polizei ist dem Mörder des im Arbeitsamt erschossenen Kommunisten Erich Schmidt auf der Spur. Es ist ein Steckbrief erlassen worden gegen den Gärtnerei-Karl Lohmann, der der Tat dringend verdächtig erscheint. Lohmann ist am 6. Oktober 1909 in Baden-Baden geboren, also 21 Jahre alt, 1,87 Meter groß, schlant, hat zurückgekammtes Haar, langes schmales Gesicht, grablinige Nase, graubraune Augen und trug eine grau-grüne Windjacke, ähnliche Knickerbockers, graue Sportstrümpfe, schwarze Halbschuhe und sogenannte Schlägermütze. Es wird vermutet, daß er sich bei Kommunisten verborgen hält und versuchen wird, ins Ausland zu fliehen. Der Regierungspräsident in Hannover hat für die Ergreifung des Mörders eine Belohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt.

Lohmann war vor einigen Jahren Mitglied der KPD, wurde aber aus dieser ausgeschlossen, weil er gleichzeitig in der kommunistischen Jugend war und für diese Spionagedienste leistete. Am 10. Januar wurde er vom Schöffengericht Hannover im Zusammenhang mit dem Sprengstoffattentat auf die Vorhofsvereinsbank wegen Sprengstoffverbrechens (Sprengstoff-Funde in der Roten Hilfe) zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt und am 16. August aus der Haft entlassen. In diesem Prozeß war der ermordete Schmidt als Hauptbelastungszeuge gegen ihn aufgetreten. Die Vermutung, daß die Ermordung Schmidts im Zusammenhang mit dem Sprengstoffprozeß gegen die KPD steht, hat sich also bestätigt. Hoffentlich gelingt es auch, die Hintermänner, die Lohmann zu seinem Verbrechen angestiftet haben, festzunehmen.

Diese neueste politische Mordtat wirft ein recht bezeichnendes Licht auf die geistigen Zustände in der KPD, und zeigt zugleich die verheerenden Folgen der dauernden Hege der kommunistischen Presse

## Sympathie-Telegramme der Labour Party an die polnischen Sozialisten

London, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Im Auftrag des Labour-Kongresses sandte die Exekutive der englischen Arbeiter-Partei nachfolgendes Telegramm an die sozialistische Partei Polens:

„Die Konferenz der Labour Party bekräftigt tiefste Sympathie für den Kampf der demokratischen Arbeiterklasse Polens zur Verhinderung einer faschistischen Diktatur. Der Kongreß sendet dem Präsidenten und Vizepräsidenten der sozialistischen Partei Polens, sowie allen anderen in polnischen Gefängnissen schmachtenden Sozialisten und Gewerkschaftlern seine kameradschaftlichsten Grüße. Der Kongreß erhofft lebhaft den nahen Sieg der polnischen Demokratie über die faschistische Gefahr und die Wiederherstellung eines freien Polens unter den freien Völkern Europas.“

## 80 Menschen verbrannt

Regimentliche Banditen überfielen den Ort San Carlos im Staate Tabasco, plünderten die Häuser der Einwohner aus, während diese zum Gottesdienst in der Kirche weilten. Inerten dann die Banditen zu und hielten die Kirche in Brand. 80 Menschen kamen auf diese schreckliche Weise um.

## Der ostgalizische Brandherd

Uns wird geschrieben:

Die jüngsten Unruhen in Polnisch-Ukraine haben in besonderem Maße die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Der Grund hierfür ist ihre Ausdehnung und Intensität. An blutigen Ereignissen hat es freilich in Galizien auch in früheren Jahren nicht gefehlt: die Nationalfeiern der Ukrainer zum zehnjährigen Gedenken der Kämpfe an die kurzlebige „Westukrainische Republik“ des Jahres 1918 haben im November 1928 zu bewaffneten Konflikten mit der polnischen Polizei in den Straßen Lembergs geführt. Wenige Monate später, im Oktober vorigen Jahres, wurde die Lemberger Dismesse durch Bombenattentate empfindlich gestört. In diesem Jahr dehnten sich die Unruhen von der Stadt Lemberg auch auf das flache Land aus: Eisenbahnen wurden zerstört, Gutshöfe und Anwesen polnischer Gutsbesitzer und Militär-Ansiedler in Brand gesteckt — zum deutlichen Zeichen, daß die Revolte sich ebenso sehr gegen die politische, als auch gegen die soziale Vorherrschaft der Polen richtet.

Gewiß: sowohl die polnischen Behörden als die ukrainische Öffentlichkeit erblicken die Urheberin all dieser Terrorakte in der geheimen „Ukrainischen Militärorganisation“. Aber wie charakteristisch ist schon die Existenz einer solchen permanenten Verschwörung! Wie überall in der Welt, zeigt auch hier ihr Vorhandensein die Anormalität des politischen Gesamtzustandes an. Und mag auch die nationalitätliche Presse Polens noch so sehr die Verbindung dieser Organisation mit Berlin vorgeben: für jeden objektiven Beobachter dürfte es klar sein, daß die Wurzeln dieser Terrororganisation in Ostgalizien und Polnisch-Ukraine überhaupt selbst stecken. Wichtig ist hierbei vor allem, daß Polen bisher die vor acht Jahren versprochene Autonomie Ostgaliziens nicht verwirklicht hat. Damit wird durch die polnische Politik den legalen Parteien und Organisationen des Ukrainertums selbst der Boden abgegraben und die unzufriedenen Elemente werden in die Arme Moskaus und jener geheimen „Ukrainischen Militärorganisation“ getrieben, die wohl auch mit Moskau im Zusammenhang steht.

Der Obersten-Clique in Warschau boten die ostgalizischen Unruhen einen Grund, in der Ukraine dieselben Methoden anzuwenden, die sie ja überhaupt oben: „Übertragung militärischer Methoden auf die Politik“, um mit ihrem Lehrer und Meister Pilsudski zu reden. Hier geschah es freilich in krasser Weise. Nach Galizien wurde eine militärische Strafexpedition entsandt, wie in ein fremdes Land. Sie verhängte für die Taten Einzelner eine Gesamtheit über ganze Dörfer, sie zwang an manchen Orten das fremde Volkstum gewalttätig, sich zum polnischen „Vaterland“ zu bekennen. Die Proteste der legalen ukrainischen Parteien gegen diese Repressalien nützen nichts. Erst als der Erzbischof der griechisch-unierten Kirche in Ostgalizien, Szeptycki, der Regierung in Warschau klarmachte, daß bei diesem ganzen Konflikt Moskau der lachende, schadenfrohe Dritte sein wird, wurden die Repressalien gemildert.

Dieser Zusammenhang beleuchtet wie mit einem Blitzlicht auch die außenpolitische Seite des Problems, die Spannung zwischen Moskau und Warschau wegen der Ukraine. Der Streit darüber ist zwar — auf dem Papier — geschlichtet worden und zwar durch den Rigaer Frieden vom 18. März 1921, in dem Sowjetrußland Polens Souveränität über sein heutiges Gebiet anerkannte und erst vor zwei Jahren wieder durch das sogenannte Litwinow-Protokoll zum Kellogg-Pakt, das von den beiden Staaten ratifiziert wurde. Aber in Wirklichkeit wird die Unzufriedenheit der polnischen Ukrainer immer wieder von jenseits der östlichen Grenze geheizt. Die oben erwähnten Unruhen im November 1928 in Ostgalizien wurden von polenfeindlichen Kundgebungen in Kiew, Charkow und Odessa sekundiert. Daß diese Kundgebungen nicht ohne behördliche Genehmigung vorstatten gingen, dürfte, bei den in Sowjetrußland herrschenden Zuständen, selbstverständlich sein. Doch wir haben dafür auch einen direkten Hinweis. Im Mai 1929 (also ein Jahr nach der Ratifizierung des „Litwinow-Protokolls“), erklärte der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjet-Ukraine, es sei ein anormaler Zustand, daß sieben Millionen Ukrainer in Polen ihren eigenen Staat noch anzubekennen müssen. Die Schürzung einer ukrainischen Irredenta in Polen, die eine Vereinigung mit der Sowjet-ukraine erstrebt, ist also das Ziel der Sowjet-Taktik. Und ihr Mittel ist Unterstützung kommunistischer oder kommunistenfreundlicher Organisationen und Blätter sowohl in Ostgalizien als im polnischen Teil von Wolhynien.

Nun darf allerdings nicht übersehen werden, daß diese Sowjet-Propaganda in Polnisch-Ukraine auf starken Widerstand stößt. So hat der bekannte, jetzt von Pilsudski in der Brester Zeitung internierte Führer der Ukrainer in Polen, Wasyl Tschysch, das „Litwinow-Protokoll“ öffentlich im Sejm eine neue Teilung der Ukraine zwischen Rußland und Polen, der das ukrainische Volk sich widersetzt“, genannt. Auch die im November 1928 in Ostgalizien gebildete Ukrainische Sozialdemo-



# Ablenkungsmanöver der amerikanischen Regierung

Washington, im Oktober. (Eig. Bericht.)

Die Bundesregierung weiß nicht mehr, wie sie sich dem verworrenen Labyrinth innerer Schwierigkeiten herausfinden soll. Jeder Tag bringt neue Konflikte, wachsende Arbeitslosigkeit, kommende Kongresswahlen, allgemeine Unzufriedenheit mit den Leistungen der Hoover-Verwaltung, erbitterte Kämpfe um das Prohibitionsexperiment, und nicht zuletzt die Zustimmung des amerikanischen Farmers, dessen Notlage mit dem Jahre gewichtiger in die Waagschale amerikanischer Politik einzutreten beginnt.

Welch Wunder also, wenn man fieberhaft nach Sündenböden Ausschau hält und sie im Falle der Agrarkrise im allgemeinen und der amerikanischen Agrarkrise im Besonderen in russischen Terminverkäufen großer Weizenmengen an der Chicagoer Börse entdecken zu haben vorgibt. So geschah es denn zur großen Verwunderung der amerikanischen Öffentlichkeit und der Börsenkreise, daß der Bundesminister für Landwirtschaft, Hyde, kürzlich nach einer Konferenz im Weißen Hause mit aufgeregten Gesicht erklärte, die Baiffverkäufe dieser russischen Weizenmengen hätten die Abwärtsbewegung der Weizenpreise zwar nicht ausschließlich, aber doch maßgebend beeinflusst. Sowjetrußland lege durch diese Spekulationen alles darauf an, den amerikanischen Farmer zu ruinieren und ihn in altbekannter Taktik gegen seine Regierung aufzubringen. Es sei daher notwendig, Amerika und die amerikanische Landwirtschaft mit allen Mitteln gegen die teuflischen Manipulationen der Sowjets zu schützen.

Die ganze Geschichte war so vage, so wenig substantiiert, daß sogar die führenden Organe des amerikanischen Kapitalismus, "New York Times" und die erzkonservative "New York Herald Tribune", sich nicht enthalten konnten, dem Landwirtschaftsminister einen energischen Ratschlag zu erteilen und ihm die Väterlichkeit seiner aus den Fingern gezogenen Angaben vorzuhalten. Auch der zum Feldzuge gegen die Sowjets überfahrene "Chicagoer Pit", der führende Weizenmarkt der Welt, wollte nicht so recht heran und erklärte später, als er sich unter dem Druck der Bundesregierung zu einer oberflächlichen Untersuchung und theoretischen Verdamnung der russischen Weizenunternehmungen entschlossen hatte, er könne in den russischen Baiffverkäufen nichts Ungewöhnliches sehen. Von einer Preisbeeinflussung könne keine Rede sein.

Darauf kam es der Bundesregierung aber gar nicht an, warum es ging, war die politische Auswirkung dieser sensationellen Anklagen und darin hatten die amtlichen Stellen einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Der Angriff gegen die Sowjets wirkte bei der unzufriedenen Landbevölkerung fruchtbarer Boden und damit automatisch zu einer politischen Entlastung der Regierung und der hinter ihr stehenden republikanischen Partei führen. Von einer kritischen Stellungnahme konnte bei den Farmern, denen die rein börsenmäßigen Fragen des Weizenhandels böhmische Dörfer waren, keine Rede sein. Also Sieg des Ablenkungsmanövers auf der einen Seite. Unter diesen Umständen konnte sich Mr. Hyde auch einmal die Küffel amerikanischer Finanziers lächelnd einklinken und sich mit dem Gefühl trösten, daß er im wahren Sinne des Wortes das Kapital gerettet hatte.

Was liegt den russischen Weizenpekulationen in Wirklichkeit zu Grunde? Beide Seiten sind sich einig, daß das alljährliche Textilsyndikat, die russische Einkaufsliste für amerikanische Baumwolle, etwa 75 Millionen Bushels Weizen im Terminhandel an der Chicagoer Börse verkauft hatte. Angesichts der Tatsache, daß die täglichen Weizenumsätze in Chicago zeitweise 60 Millionen Bushels und mehr betragen, mußten die russischen Verkäufe unbemerkt bleiben. Das waren sie auch, bis sie die Bundesregierung zu agitatorischen Zwecken aus der Versenkung zog. Eine der ungeheuren Ausdehnung des Weizenterminhandels an amerikanischen Börsen geben die Berichtsjahre der Chicagoer Börse. Allein im Mai 1929 beliefen sich die Umsätze auf 140 132 000 Bushels Weizen, also auf das ein- und eineinvielfache der gesamten amerikanischen Jahresreserve von 840 000 000 Bushels Weizen.

Eng mit diesen Fragen hängt das landwirtschaftliche Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung zusammen, das in Börsenkreisen viel böses Blut hervorgerufen hat. Nicht man doch mit Recht, daß mit offiziellen Preisfestsetzungen und der Kontrolle riesiger Weizenbörsen durch das Bundesfarmamt der wilden Spekulation eine Dämme gebrochen wird, die sich mit der Wirtschaftsauffassung kapitalistischer Raubritter nicht ganz im Einklang bringen läßt. Bekanntlich gab die Farmbehörde den Landwirten Anleihen auf der Basis von 120 Dollar pro Bushel, erlitt aber, als sie den Zinsenpreis im Zuge der sinkenden Quotierungen zu halten versuchte, eine vernichtende Niederlage. Die Preisstürze der letzten Wochen haben die Farmbehörde in eine Situation gebracht, die nach ziemlich offener Andeutungen die Aufgabe des gesamten Stabilisierungsexperiments geraten erscheinen läßt.

Bei diesem Wirtschaftsduell zwischen Regierung und Börse dürfen auch wichtige außenpolitische Momente nicht übersehen werden. Im vorigen Jahre stattete eine britische Wirtschaftskommission unter Führung von Lord Abernethy der argentinischen Republik einen Besuch ab, der einer mehr oder weniger formellen britisch-argentinischen Verständigung zur wirtschaftlichen Überbrückung der beiden Länder diente. Britische Güter sollten im verstärkten Ausmaß nach Argentinien fließen, während argentinische Weizen und argentinische Landwirtschaftsprodukte die britischen Märkte offenhalten sollten. Diese Pläne sind durch den Sturz des argentinischen Präsidenten Frigoyen sehr schnell zu Wasser geworden. Im Lichte dieser Wirtschaftsrivalität versteht man nur gut, warum ein Mann wie Frigoyen dem proamerikanischen General Urbina weichen mußte, dessen Sieg in Amerika ein unverhohlener Genugtuung begrüßt wurde.

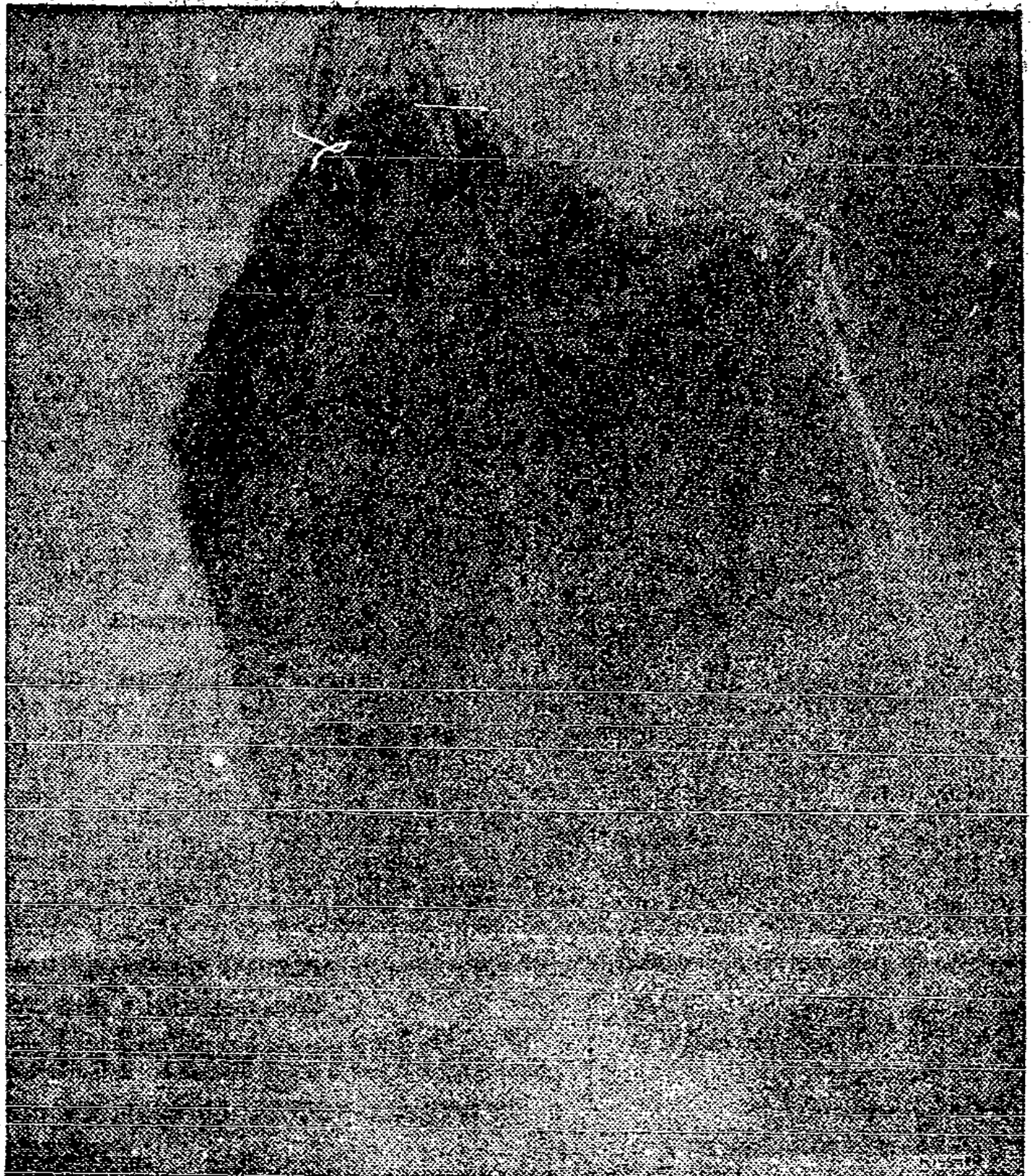
## Rutjepow tatsächlich entführt?

Paris, 13. Oktober. (Eigener Fundbericht.)

Die in Paris erscheinende russische Emigrantenzeitung "Leite Nachrichten" meldet, daß einer der Entführer des seit dem 26. Januar verhafteten russischen Generals Rutjepow der angebliche Berliner Tischlermeister Fickner ist, der mittlerweile bei den Sowjets in Haft gefallen sei. Fickner habe daraufhin gestanden, daß er General Rutjepow zwei Tage vor seiner Entführung ein geheimes Telegramm nach Paris geschickt habe, nach dem er aus England geflüchteten Gefinnungsgenossen eine geheime Unterredung mit ihm haben möchte. Tatsächlich sei der General in Paris eingetroffen, sei abnungslos in das Automobil gestiegen und habe erst gemerkt, daß er in eine Falle gegangen war, als das Automobil schon Paris verlassen hatte. Der General habe sich wehren zu wollen, doch habe man ihm eine Chloroformdosis auf Gesicht gedrückt. Die Dosis sei aber so stark gewesen, daß der herabgeworfene General nie nicht ansprechen konnte und Stunden später gestorben sei, ohne das Bewußtsein wiedererlangen zu haben.

An der Entführung sollen außer Fickner noch sein Berliner Kollege Elert, die beiden Pariser Tischlermeister Janowski und Gelfant teilgenommen haben. Das Pariser Emigrantenblatt, das die Entstellungen über Rutjepow veröffentlicht hat, seinen Veröffentlichungen hinzu, daß Fickner bereit sei, seine Aussagen jederzeit vor Gericht zu wiederholen.

(Fortsetzung umschließend.)



# DAS SCHRECKGESPENST

für den Zigarettenfachmann  
war bislang der gelbliche  
Tabakstaub. Sein bitterer  
Geschmack nimmt beim Ver-  
brennen selbst der herrlich-  
sten Macedonenmischung die  
Blüte des Aromas. Er bildet  
sich in allen Stadien der Ver-  
arbeitung immer wieder zum  
Leidwesen aller in Tabak-  
betrieben tätigen Menschen.  
Nachdem Haus Neuerburg  
aber den Kampf gegen den  
Tabakstaub aufgenommen  
hat, strahlen die Räume un-  
serer Fabriken vor Sauber-  
keit. Gleichzeitig wurde den  
Zigaretten, die in staub-  
freien Arbeitssälen hergestellt  
werden, jeder bittere Bei-  
geschmack genommen und  
eine ganz gleichmäßig bren-  
nende Füllung sichergestellt.



Sie können unsere  
Angaben nachprüfen:  
Wenn Sie durch eine  
HAUS NEUERBURG-  
Zigarette blasen - ehe  
sie brennt -, so wer-  
den Sie keine Spur  
von Staub bemerken.

OVERSTOLZ 5 PF.

RAVENKLAU 6 PF.

staubfrei

schmecken niemals bitter!



Breslauer Nachrichten

Distriktsversammlungen der Partei

Heute 20 Uhr finden die

Distriktsversammlungen

In allen Distrikten wird das einheitliche Thema:

„Die politische Situation“

Genossen! Genossen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlungen bitten wir um vollzähliges pünktliches Erscheinen. Referenten und Distriktskollektoren siehe Sonnabend-Nummer.

Polizeistrafe für Fußgänger?

Nicht beachten der Verkehrsampel und seine Folgen

Dieser Tage ereignete sich an der Kreuzung Neue Schmeider- und Gartenstraße ein von einer Fußgängerin verursachter Verkehrsunfall. Sie wollte in der Richtung über den Fahrbahn gehen, die durch das rote Lichtsignal der Verkehrsampel Augenblick gesperrt war. Dabei lief sie einem Radfahrer so dicht auf, daß er nicht mehr ausweichen konnte, sie umriss und selbst stürzte. Die Verkehrspolizei hat nun gegen die Fußgängerin, die das Ampelsignal nicht beachtete, eine Anzeige erstattet und sie dürfte eine Polizeistrafe zu gewärtigen haben.

Wenn sich die Polizei nunmehr darauf verlegt, auch die Fußgänger in den Kreis der Wegbenutzer einzubeziehen, die sich der polizeilichen Verkehrsregelung zu richten haben, wenn nicht bestraft werden wollen, so wird das im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit nur zu begrüßen sein, es wird sich aber dann als notwendig erweisen, die Fußgänger durch den Erlass einer Polizeiverordnung besonders auf eine derartige Maßnahme hinzuweisen, denn bisher war es in Breslau so, daß für den Fußgänger keine ausdrückliche Verpflichtung bestand, sich nach der Verkehrsregelung zu richten. Es war dies zwar eine merkwürdige Ausnahme, denn in anderen Städten hat sich der Fußgänger selbstverständlich der Verkehrsregelung durch die Polizei unterzuordnen.

Ein gemütlicher Stat

oder man muß Sinn für Humor haben, wenn man seinen Freund einmal vertritt

Was einem passieren kann, wenn man als vierter Mann beschäftigt bei einer Statpartie zuschaut, das erlebte dieser heute ein Besucher eines Lokals in der Gabisstraße. Dort saßen zwei Mann, die eifrig das Zweitritte Gebebuch mischten, und ein dritter, der Freund eines der Spieler, stand dabei. Nun passierte dem Spieler, daß er einmal hinausgehen mußte, und damit mehrere Minuten nicht auf das Karten verkehrt werden konnten, mußte der zusehende Freund in die Schanze springen und die Vertretung übernehmen. Also spielte er, aber fortuna war ihm nicht hold und er verlor. Als nun der Spieler wieder rückkam und hörte, daß sein Vertreter verloren hatte, kam er so in die Wille, daß er über ihn lachte und mit den Spielerspielern regelrecht Bekanntschaft machen ließ. Auch einer der Gewinner solidarisierte sich schließlich noch, der sich ankeinernd darüber ärgerte, daß er gewonnen hatte und half den kochenden Spieler ebenfalls mit verdreihen. Der Gutmütige wurde dann gar zum Lokal hinausgeprügelt und so lange bearbeitet, bis die Befinnung verlor und das Ueberfallkommando eintraf. Man sage noch einer, man brauche keinen Humor, wenn man mit einem Freund einmal eine Partie Stat spielen soll!

Eine merkwürdige häusliche Auseinandersetzung

Die kleine Geschichte vom Saff, dem Spirituslöcher und allerhand häuslichen Zwist

Eine noch nicht reiflos geklärt häusliche Auseinandersetzung, die nicht alltäglichen Charakter trägt, hat sich am Freitag abend in einer Wohnung in der Weißbergstraße abgespielt. Als zu dem dort wohnenden 61 Jahre alten Väter G. ein Bekannter auf Besuch kam, fand er seinen Freund mit schweren Brandwunden am Kopf und am Oberkörper im Bett liegend. Sofort veranlaßte der Bekannte die Ueberführung des Verletzten in das Allerheiligen-Hospital. Bei den Nachforschungen der inzwischen auch verständigten Polizei über die Herkunft dieser eigenartigen Verletzungen gab der Verletzte an, von dem mit ihm zusammenwohnenden zehn Jahre jüngeren Arbeiterin K. im Verlaufe eines Abends am Abend vorher mit Brennspiritus übergossen und angezündet worden zu sein. Der Mann hatte dann zunächst seinen Kopf ausgeschlagen, aber als er am nächsten Tage erwachte, das Krankenhaus nicht aufgefunden, obgleich ihn die Verletzungen außerordentlich schmerzten. Auf Grund dieser Beschuldigungen wurde die Frau, die sich nicht um den Verletzten gekümmert hatte, festgenommen. Sie gab eine ganz andere Darstellung von dem Vorgang und behauptete der Mann hätte an dem fraglichen Abend Brennspiritus getrunken und wäre dann dem Spirituslöcher zu Grunde gekommen. Da die Frau aber in der Nachbarschaft geäußert haben soll, sie würde noch einmal die ganze Bude in Brand stecken, ist es sich wohl doch eher um eine im Jähzorn begangene Tat der Frau gegen den betrunkenen Mann zu handeln. Uebrigens ist auch die Frau an dem Abend nicht nüchtern gewesen sein.

Brügerei der „Revolutionäre“

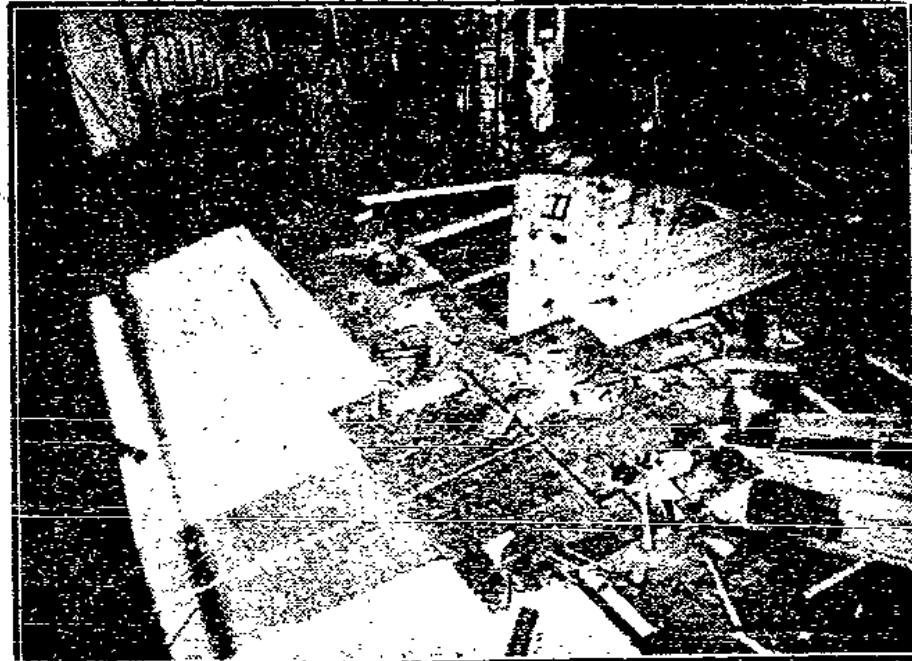
in der Scheitniger Vorstadt

An der Ecke Hedwig-Michaelisstraße kamen am Sonnabend abend einige Nazis und Kommunisten in ein Handgemenge, wobei ein 35jährige Monteur Reinhold D. erheblich verletzt wurde und das Allerheiligen-Hospital geschickt werden mußte. Der 35jährige Arbeiter R. H. kam mit leichteren Verletzungen davon. Man weiß nicht, welcher Richtung die Verletzten angehören, ist aber auch nicht zu sagen, welche Partei gestiftet hat.

Die Drehbühne im Stadttheater

Von Professor Hans Wildermann

Vom modernen Gesichtspunkt aus gesehen, schwindet die maschinelle Ausrüstung unserer Stadttheater-Bühnen zu einem wesentlichen Nichts zusammen. Nun gehört eine Drehbühnenanlage zu den Verwandlungsmethoden, die, wie im Falle der „Fledermaus“, einen unerläßlichen Bestandteil beim Zustandekommen der beabsichtigten Wirkungen bilden. Es ist nun viel



gleich, was ein prominenter Gast der Philharmonie oder des Stadttheaters an einem Abend bezahlt bekommt. Die Verwendbarkeit einer Drehbühne ist nämlich eine mannigfaltige, die sich über die „Fledermaus“ hinaus auch auf viele andere Stücke bezieht. Zudem sei erwähnt, daß vier Fünftel der Kosten durch höhere Einnahmen bereits hereingebracht wurden.

Die Abbildung zeigt auch das Geheimnis des Entstehens. Der quadratische Kern der Scheibe und seine vier rechtwinkligen Ausläufer, die sich auf dem Bild deutlich dunkel abheben, sind die Hauptträger des Ganzen. Sie sind aus altem, das heißt bereits vorhandenem Material. Es sind Wagen auf Rädern, wie sie fast allabendlich Verwendung finden. Die auszufüllenden Ecken waren neu herzustellen. Die gesamte Scheibe ist also aus 10 Teilen bzw. Wagen zusammengesetzt und mit insgesamt 400 Rollen verbunden. Sie läuft auf 52 Rädern, die beim Aufbau in der Richtung der Fahrt eingestellt sind. Natürlich besitzen sie auch eigene Lenkvorrichtungen, die aber durch die Mittelachse ausgeschaltet ist. Diese Achse führt die Scheibe. Sie ist 1,50 Meter lang und reicht bis in die Unterbühne. Eine Eisenführung, die aber auch auf dem Bühnenboden aufliegt, umfaßt sie. Die Achse selbst hat in der Unterbühne eine wichtige Funktion; sie ist dort Träger eines sogenannten Schleifkontaktes für die Beleuchtung. Dieser Kontakt besteht aus 4 Kupferrollen, über die Kupferdrahtbürsten gleitend den Kontakt mit der Hauptleitung bzw. dem Regulator herstellen. Durch die Rollenmaschine durch gelangt das Leitungsnetz auf die Oberfläche der Drehbühne und endet in einem großen Steckkontakt. Von dort aus laufen nun die verschiedenen Leitungen zu der Fülle von Einzelstellen und können so jede Drehung der Bilder unbehindert mitmachen.

Unsere Scheibe wird im Gegensatz zu eingebauten, motorisch betriebenen Scheiben, mit der Hand gedreht. Lichtzeichen vermitteln Anfang und Ende der Drehung. Der Durchmesser der Platte ist 14,30 Meter. Die Spielfläche ist vorne durch ein vorgesetztes Podium erweitert.

Der jähzornige Akerkutscher vor dem Schwurgericht

Wegen einer offenen Stalltür schlug er einen Arbeitskameraden tot und verletzte einen anderen schwer

Durch den leicht erregbaren 23jährigen Akerkutscher Richard Eichner ist ein Mensch zu Tode gekommen und ein zweiter knapp dem Tode entronnen. Eichner war auf dem Dominium in Schiedlagwitz, Kreis Breslau, beschäftigt. Am 12. November vorigen Jahres war er besonders mürrisch zur Arbeit gekommen; denn seine Arbeitskameraden wunderten sich schon, daß er nicht einmal „Guten Morgen“ gesagt hatte. Er begab sich dann zu seinen beiden Pferden in den Pferdehalm, um sie zu füttern und zu putzen. Da es sehr warm im Stall war, öffnete er die zweite Stalltür, die auf Anordnung um diese Jahreszeit nicht mehr offen stehen soll, damit sich die Pferde nicht erkälten. Der 63jährige Akerkutscher Dieder, der im Stalle eine Art Aufsichtsposten inne hatte, stellte den Eichner wegen der offenen Tür zur Rede und knüpfte daran die Bemerkung, daß es so etwas nicht gäbe, solche neue Roden würden hier nicht eingeführt. Dieder soll dem Eichner dann auch noch Faulheit vorgeworfen und ihn auch die Faust unter das Kinn gehalten haben. Eichner gab daraufhin dem Dieder einen Stoß, daß er mit dem Genick auf einen Stalleimer fiel, doch konnte er sich sofort wieder erheben. Ein zweiter Stoß, den Eichner jetzt dem Dieder gab, schenkte diesen unter die Pferde. Das Pferd erschrak, schlug aus und traf den alten Mann vor die Brust. Es waren ihm nicht nur sieben Rippen gebrochen, sondern ihm auch der Herzbeutel zerrissen worden, so daß er sofort an Verblutung verstarb.

Dienstag vor dem Schwurgericht unter der Anklage der Körperverletzung mit Todeserfolg und im Falle des Schaffers Jentisch wegen Körperverletzung in einer das Leben gefährdenden Behandlung. Der Angeklagte erklärte, daß ihn das Schimpfen des Dieder sehr aufgeregt habe und daß er sich von Dieder auch bedroht fühlte, so daß er in Notwehr gehandelt habe. Dieder wurde alsseitig als ein ruhiger Mensch geschilbert, der schon lange Jahre auf dem Dominium tätig war. Dagegen trat ein Gutsbesitzer als Zeuge auf, bei dem Eichner beschäftigt gewesen war, mit dem er eine schwere Auseinandersetzung gehabt und ihn fröhlich entlassen hatte. Es geht zwar jetzt, daß Dieder ein kleiner abgearbeiteter Mensch war, aber der Angeklagte ist der Ansicht, daß er durch seinen Stoß nicht hingefallen wäre, sondern daß er dadurch zu Fall gekommen sei, daß er Holzpanzinen anhatte und auf den Kragentöpfen ausrutschte.

Der erregte Akerkutscher hatte aber inzwischen noch einige seiner Arbeitskameraden geschlagen. Als der Schaffer Jentisch den Lärm gehört hatte, und in den Pferdehalm kam, erhielt auch er einen Stoß von Eichner, so daß er ebenfalls zwischen die Pferde flog. Nur dem Zufall, daß die Pferde nicht ruhig blieben, hat es Jentisch zu verdanken, daß er nicht auch sein Leben einbüßte. Auch einen anderen alten Akerkutscher hatte Eichner derart ins Gesicht geschlagen, daß ihm die Zähne gelockert wurden und er blutunterlaufene und geschwollene Stellen im Gesicht hatte. Dieser Verletzte hatte aber gegen Eichner keinen Strafantrag gestellt. Auf Grund dieses Vorkommnisses wurde Eichner aus seiner Stellung entlassen, wodurch nicht nur er selbst, sondern auch Frau und Kind in große Not gerieten. Eichner stand nun am

Nach dem Sachverständigengutachten ist Eichner ein leicht erregbarer Mensch. Das berechtigt ihn natürlich nicht dazu, gegen den viel älteren und schon klapprigen Arbeitskameraden mit solcher Brutalität vorzugehen. Der Angeklagte ist zwar noch unbestraft, da aber die Folgen seiner Tat so schwere waren, beantragte Staatsanwaltschaftsrat Misera drei Jahre und einen Monat Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Gottschiff plädierte zwar in außerordentlich geschickter Weise auf Notwehr, indem er darauf hinwies, daß zugunsten des Angeklagten angenommen werden müsse, daß er sich durch Dieder bedroht fühlte. Das Gericht war aber der Ansicht, daß von einer Notwehr hier nicht gesprochen werden könne. Dieder war dem Angeklagten durchaus nicht körperlich gewachsen. Eine besondere Rohheit zeigte sich auch darin, daß er nicht nur den Dieder, sondern auch den Jentisch unter die Pferde warf, obgleich gerade ihm bekannt sein mußte, wie gefährlich dies ist. Das Gericht erkannte auf die vom Staatsanwalt beantragte verhältnismäßig hohe Strafe von drei Jahren und einem Monat Gefängnis.

Mit dieser Verhandlung ging die Schwurgerichtssitzung zu Ende, die Landgerichtsrat Dr. Freund mit großem Geschick und großer Umsicht leitete.

Auswanderer seid gewarnt

Vor einem Inserat in den „Neuesten Nachrichten“ Die Schlesiische Auswandererberatung, Breslau 5, Friedrichstraße 3, schreibt uns:

In der Sonntagsausgabe der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ vom 28. September 1930 fand sich das folgende Stellenangebot:

Wir suchen für Niederl.-Indien u. Holland zuverlässige, firebame Kaufleute, nicht über 40 J. Sprachkenntn. nicht unbed. erforderlich. Reise frei. Gutes Gehalt. Erlaubnisse mit Zeugnisabschr. od. Referenzen unter D. 6210 Geschäftsstelle d. Jtg.

Bewerber erhielten darauf ein Schreiben aus Rotterdam, in dem ihnen angeündigt wurde, ein Leipziger Haus würde über sie eine Auskunft einholen. Das Leipziger Haus meldet sich und verlangt einen Vorbehalt von 9,50 Mark.

Es können bei der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes in Niederländisch-Indien und in Holland keine offenen Stellen für Handlungsgelhilfen vorhanden sein. Wir warnen daher, die 9,50 Mark zu opfern.

Es ist nicht nur das eine Inserat, das in bürgerlichen Blättern — die ausnahmslos Inserate aufnehmen — Anlaß zu

Bedenken geben kann, und nicht immer findet sich eine so prompt arbeitende Behörde wie diesmal die Schlesiische Auswandererberatung, die ihre Warnung geltend macht.

Schwerer Verkehrsunfall

Um einem Kinde auszuweichen

Ein Unfall, durch den vier Personen verletzt wurden, ereignete sich am Freitag vormittag in Deutsch-Wissa, als ein Gewerkschaftssekretär aus Liegnitz mit einem Personentransportwagen die Neumarcker Straße in der Richtung nach Breslau entlangfuhr. Als er an einem entgegenkommenden Pferdegespann vorbeiwollte, lief hinter diesem plötzlich die sechsjährige Hilde Friedrich aus der Neumarcker Straße 39 hervor. Um das Kind nicht zu überfahren, riß der Automobilist das Steuer scharf nach rechts, rief ein Fahrrad um, das den vorübergehenden Rentner Jantke aus der Neumarcker Straße 28 verletzte, riß außerdem die radfahrende Witwe Kappel und den radfahrenden Schüler Keimann, die auch in der Richtung nach der Stadt fuhr, um und konnte dennoch nicht verhindern, daß das Kind umgerissen und schwer verletzt wurde. Mit einem Schädel- und einem Oberarmbruch mußte es in das Krankenhaus Bethanien geschickt werden, wo es in der Nacht zu Sonnabend gestorben ist. Die anderen Verletzten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Zum Zähneputzen, merkt Euch wohl, nimmt man die Pasta von O D O L









Blutschande aus Rache?

Neues vom Frenzel-Prozess in Potsdam - Gertrud Frenzel kann sich auf nichts mehr besinnen

Der Fall des der Inzucht mit seinen Töchtern angeklagten...

Ein biologischer Popanz. Es erscheint dringend geboten, sich überhaupt einmal bei...

Inzucht als Mode. Die Kirche hat zu ihrer Machtbefestigung den Begriff des...

Die Schuld des Kapitalismus. Es fällt der Öffentlichkeit und den gesetzgebenden Körper...

typische Frucht dieser hochkapitalistischen Zeit der sozialen Not...

Der Haß der Raumbdrängung. Der Kapitalismus, die Wirtschaftsordnung des Egoismus, hat noch mehr getan...

Erst der Arzt, dann der Richter!

Die jungen Mädchen, welche Blutschande-Beschuldigungen vorbringen, gehören in erster Linie vor das Forum der Sexualwissenschaft...

Wie der Fall Frenzel auch ausgehen mag - es ist durch ihn eine Familie vernichtet worden...

Rührende Treue eines Tigers

Zu einem aufregenden Zwischenfall, von dem jedoch das Publikum kaum etwas merkte, kam es während einer Vorstellung...

Vorgänge um Hindenburg

Einer sucht Schlafgelegenheit - ein anderer eine Belohnung. In der Nacht zum Sonnabend, gegen 2 Uhr, bemerkten...

Wie die Reichsbahndirektion Trier mitteilt, hat sich gelegentlich der Reise des Reichspräsidenten durch das Moselland ein Eisenbahnarbeiter in Cochem einen üblen Streich geleistet...

Freilos eines Nordverdächtigen

In Wülmerjen (Kreis Salzwedel) hat sich der Ziegeleibesitzer Hartmann in seinem Bett mit einer Jagdbüchse getötet...

Eine Scheinoperation

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hat sich zur Zeit in einem auf mehrere Tage berechneten Prozeß der praktische Arzt Dr. Friedrich Fischeder zu verantworten...

Sum Raubmord an dem jüdischen Greifenpaar

Wie zu dem Mord an den Friedhofsärtern in Schroda noch gemeldet wird, bewohnten die beiden alten Leute ein Häuschen am jüdischen Friedhof...

Die Beilegung der Opfer des R 101

Die 48 Opfer des Unglücks von Beauvais sind am Sonnabend nachmittag unmittelbar neben der großen Querschiffhalle, vor dem R 101 bei Sturm und Regen seine Unglücksfahrt angetreten...

Drei Personen im Flugzeug lebend verbrannt

In der Nähe der französischen Stadt Corbeil flüchtete ein mit drei Männern und einer Frau besetztes Flugzeug in der Nacht auf einen Friedhof ab und ging in Flammen auf...

Chloroform als Einbruchsmittel

Bei einem Einbruch in ein Schußgeldamt in Sieradz (Polen) benutzten die Verbrecher Chloroform, das sie durch das Schlüsselloch des verschlossenen Schlafzimmers der Besitzer einströmen ließen...

Wahnsinnig geworden

Der painliche Genter Kolobzieger, der kurz vor seiner Beförderung zum Range eines Oberleutnants wurde...

Der Mord an Katharina Sellner

Der sensationelle Mordprozess Bauer in Wien - Der Angeklagte bestreitet die Tat

Wien, 10. Oktober 1930.

Wien hat im Augenblick gleich drei Sensationen. Neben dem wildgewordenen jähzähligen Innenminister, der nach...

Die Staatsanwaltschaft sagt sich, daß einem Menschen, der so hinterhältigen und heimtückischen Mitteln arbeitet...

Die Anklageschrift ist 70 Raufschneideblätter stark, ein kleines Buchchen. Sie liest sich aufregender und schauriger als...

300 Schritt von dem brennenden Wiesengrund entfernt, sahen die Ueberrähten einen dunkelhaarigen Mann stehen...

Viele Monate lang blieb die Suche der Polizeibehörden nach dem Täter erfolglos. Es wurden Verhaftungen vorgenommen...

Die Vernehmung des mittelgroßen breitschultrigen Mannes, an dem die außergewöhnlich stark entwickelten Unterleiber...

Becklerin ermordet

In der Nähe von Rathenow (Mark) wurde am Freitag mittag die Leiche eines Fräulein Rose aus Berlin ermordet aufgefunden...

Einige Preußenlose

Arndt

## Der Berliner Metallkonflikt.

### Der Schiedsspruch und seine Wirkung

Der durch den Zwangsschlichter Dr. Völlers im Berliner Metallarbeiterkonflikt gefällte Schiedsspruch hat durch seine Härte übertrübt. Die Praktiker rechneten noch bis zum letzten Augenblick mit einer Verlängerung der alten Tarifverträge. Sie wurden enttäuscht. Der Schiedsspruch mutet einer Arbeiterstrafe, die an sich bereits schwer unter der Last der Krise leidet,

eine unerhörte und auch untragbare Lohnreduzierung zu. Die Löhne der Berliner Metallarbeiter liegen derzeit unter allem Hund und die Berliner Metallarbeiterchaft arbeitet bereits in einem betrübnissen Ausmaß verfürzt, daß sich im weiten Lager der Wissenschaftler und Praktiker auch keine einzige Stimme fand, die den Bestrebungen der Schlichter in der Berliner Metallindustrie nach Lohnabbau gebilligt und zugestimmt hätte. Was sich für einen Lohnabbau einsetzt, das sind Interessenten und zwar recht engstirnige und engherzige Interessenten. Es ist bekannt, daß gewichtige Namen in der Berliner Metallindustrie sich von Anfang an gegenüber den Lohnabbaubestrebungen ablehnend verhielten.

Der von Dr. Völlers gefällte Spruch ist ein sozial- und wirtschaftspolitischer Unfug. Politisch gesehen stellt er eine Dummheit dar, die sich kaum überbieten läßt. Vielleicht mag es gewissen Kreisen angesichts der Kreditverhandlungen gelegen gewesen sein, wenn bis Sonnabend abend, wo die Anteilverträge zu unterzeichnen waren, im Berliner Metallkonflikt eine Entscheidung gefällt wurde, die dem Regierungsprogramm, das eine Senkung der Beschäftigungskosten durch Lohnabbau in irgend einer Weise entspricht, hinsichtlich der innerpolitischen Lage in Deutschland beirätigt, ist der Spruch ein Unheil und wir haben aus diesen und anderen Gründen Ursache anzunehmen, daß selbst der Reichsarbeitsminister Siegerwald diesen Spruch nicht gut billigen kann. Die Würfel sind aber gefallen und die Berliner Metallarbeiterchaft dürfte sich am Montag im Verlauf der Verhandlung zweifellos mit überwältigender Mehrheit gegen den Spruch entscheiden.

Die Schlichter in der Berliner Metallindustrie haben erklärt, daß der Berliner Lohnabbau richtunggebend für einen allgemeinen Lohnabbau sein soll.

Wir können nur warnen, diesen Tendenzen zu folgen. Der von Dr. Völlers gefällte Schiedsspruch beruht allem Anschein nach auf der verfehlten Auffassung ein paar weltfremder Richter im Reichsarbeitsgericht, die niemals in einer Schlichterkammer gesehen haben, die sich niemals über die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen ihres Spruchs klar geworden sind und die dem vernünftigen Geleitzuge in unehörtlicher Weise in den Arm fallen. Wir meinen damit das Urteil des Reichsarbeitsgerichts in Sachen des letzten großen Metallarbeiterkonflikts in der Rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

Die Dinge im Berliner Metallarbeiterkonflikt liegen doch so, daß sich im Lager der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mittlerweile die Ueberzeugung herausgebildet hat, daß es besser sei, die alten Löhne sofort zu verlängern und den Streit um den Lohnabbau zu vertagen. Einzig nur nur, wie lange man verlängern sollte. Der Schlichter Dr. Völlers konnte hier keine Mehrheit für einen Spruch zustande bringen. Nach dem Gesetz kann er mit seiner Stimme entscheiden. Die Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung sieht das in § 21, Absatz 3, Satz 4 ausdrücklich vor. Im Rahmen des großen Metallarbeiterkonflikts in der Rheinisch-westfälischen Schwerindustrie hat aber das Reichsarbeitsgericht entschieden, daß diese Bestimmung über den Rahmen des Gesetzes hinausgeht. Der Schlichter mußte sich also wahrscheinlich der Gefahr nicht aussetzen, daß der Spruch, der mit seiner Stimme gefällt ist, hinterher für ungültig erklärt würde. So ließe sich die Möglichkeit einer Verlängerung der alten Tarife geschlagen zu haben. Ob noch andere Faktoren für die Entscheidung mitgespielt haben, konnte man annehmen.

Dr. Völlers — jenseit hätte man ihn ja wahrscheinlich nicht als Zwangsschlichter von Bremen nach Berlin geholt — für seine Person für den Lohnabbau eingetreten war und die sich die Arbeitnehmer, wie man annehmen kann, gleich gegen einen Lohnabbau erklärten, erhielten die Unternehmervertreter mit ihrer Forderung nach Lohnabbau überwogen. Hier trat wieder ein Grund des Spruchs des Reichsarbeitsgerichts für den Schlichter die Zwangsbestimmung ein, eine Mehrheit zu setzen. Diese Mehrheit, Schlichter und Arbeitgebervertreter, umfaßte sich für acht Prozent, während das Streikende bei den Verhandlungen dabei ganz, einen Lohnabbau von 12 Prozent zu erreichen.

In dem Spruch haben also Parteien in der Länge mitgespielt, die mit dem augenblicklichen Konflikt in Berlin gar nichts zu tun haben. Nicht zuletzt sind es drei maßgebende Leipziger Richter in zentralen Stellen, die durch ihren dem Herrn Reichsminister des Innern übertragenden Spruch eine Wirtschaftskatastrophe herbeiführen. Im Beginn sind die drei Richter anwesend gewesen. Man hat im letzten Augenblick so viel davon gesprochen, daß die Richter in Deutschland seien. Hier ist ein Spezialbeispiel dafür, wie wirtschaftspolitisch und politisch Schlichter entscheiden, daß in die durch den Völlerschen Spruch in Berlin geschaffene Lage unersetzlich eingegriffen und jede Chance ausgenutzt wird, um Anstoß zu verleihen, das was aus dem letzten großen Metallarbeiterkonflikt in Berlin noch deutlich in Erinnerung ist, obwohl dieser bereits zehn Jahre hinter uns liegt.

## Der Metallschiedsspruch von den Arbeitnehmern abgelehnt

Die am Sonntag abgehaltene Generalversammlung des Odbundener Bezirks des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, an der ungefähr 1000 Teilnehmer teilnahmen, lehnte einstimmig den von dem Zwangsschlichter Dr. Völlers gefällten Schiedsspruch ab und erklärte einen Streik bis zum Kompromiß gegen den Lohnabbau anzufordern. Nachdem wurde beschlossen, in fünf Tagen Betrieben der Berliner Metallindustrie über die Umsetzung des Schiedsspruches eine Kommission zu ernennen, die sich mit der Durchsetzung des Schiedsspruches befassen soll. Sie wird ausschließlich zur Klärung des Schiedsspruches tätig sein.

## Verhandlungen für die obersteinsten Montanminister

Das Ministerium wird gewarnt, daß Grund der zum Arbeitsministerium für die Werk der obersteinsten Montanministerien gerichteten Kündigung der Geschäftsverträge für die Angestellten der Werke des Reichsarbeitsministeriums der obersteinsten Montanministerien zum 31. Oktober haben am Sonntag nachmittag eine Sitzung abgehalten und den Verhandlungsausschuss beschlossen. Da der Vertreter der Arbeitgeberseite bei der Sitzung nicht erschienen war, wurden die Verhandlungen nicht abgehalten. Die Verhandlungen für die obersteinsten Montanministerien werden am Montag fortgesetzt.

## Reichsangestellte hört!

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Erlass vom 4. Oktober 1930 die Kündigung aller bei der Reichsverwaltung beschäftigten Angestellten zum 31. März 1931 angeordnet, um die Dienstbezüge von da ab um 6 Prozent zu kürzen. In dem Erlass wird eine gleiche Kürzung der Beamtenbezüge vom 1. April nächsten Jahres als bereits feststehende Tatsache vorausgesetzt. Mit dieser Tatsache dokumentiert die gegenwärtige Reichsregierung erneut ihren angestelltenfeindlichen Charakter. Für die Angestellten bei Behörden gilt es jetzt, die Abwehr aller ihre Existenz bedrohenden Maßnahmen in einheitlicher und geschlossener Kampffront durchzuführen. Anschließ an die zuständige Berufs-

## Die Arbeitskämpfe im 2. Vierteljahr 1930

Das Statistische Reichsamt hat interessante Zahlen über die Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) im zweiten Vierteljahr des Jahres 1930 zusammengestellt. Während in den vorhergehenden Zeitabschnitten die Arbeitskämpfe stets einen Rückgang aufwiesen, ist jetzt erstmalig wieder ein Zugang zu verzeichnen. Es wurden im zweiten Vierteljahr 1930 insgesamt 68 Arbeitskämpfe ermittelt. Bezieht man hierauf 1425 Betriebe mit 17189 Arbeitnehmern. Die Zahl der durch Arbeitsfreistellungen verlorenen Arbeitstage belief sich im Vergleichszeitraum auf 204 662 gegen 114 578 Tage im ersten Vierteljahr 1930 und 1 633 631 im zweiten Vierteljahr 1929. Von den insgesamt 68 Arbeitskämpfen des Berichtsvierteljahres entfielen 62 auf Streiks und 6 auf Aussperrungen. Bezeit wurden 1314 Betriebe mit 16 390 Arbeitnehmern, während in 112 Betrieben mit 509 Arbeitern Aussperrungen festgesetzt wurden. Sehr interessant sind die Feststellungen über den Erfolg der Streiks für die Arbeitnehmer. Man hat hier als Maßstab merkwürdigerweise die verlorenen Arbeitstage herangezogen. Es waren von diesen verlorenen Arbeitstagen zu verzeichnen:

mit vollem Erfolg für die Arbeiter . . . 12 224 Tage  
mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter . . . 112 954 Tage  
ohne Erfolg für die Arbeiter . . . 60 256 Tage

Es ist hieraus ersichtlich, daß in den weitaus meisten Fällen die Streiks den Arbeitern keinen vollen Erfolg brachten. Bei den Aussperrungen waren insgesamt 19 251 verlorene Arbeitstage zu zählen. Hiervon entfielen für die Arbeitgeber:

mit vollem Erfolg . . . 100 Tage  
mit teilweisem Erfolg . . . 18 341 Tage  
ohne Erfolg . . . 816 Tage

Über die einzelnen Arbeitskämpfe heißt es in dem Bericht: In einzelnen Betrieben des Streiks im Berichtsvierteljahr in erster Linie des Metallindustrie (Maschinenbau) und die Textilindustrie. Der Tarifstreik der Herrenschneider (8796 Streikende und 199 Aussperrte) führte zu einem Teilerfolg für die Arbeiter. In der Textilindustrie betraf der Streik die jüdischen Spinnerei und Weberei, sowie die württembergische Textilindustrie; es wurde hier in drei Betrieben mit zusammen 1500 Beschäftigten von etwa 1300 Arbeitern und 40 000 Arbeitstagen gestreikt. Die Lohn- und Tarifbewegungen, die insgesamt in der Textilindustrie geführt wurden und 42 299 verlorene Arbeitstage zur Folge hatten, führten für die Arbeiter im ganzen ohne Erfolg. 11-5.

## Das preussische Landwirtschaftskammergesetz

### Die Kommunisten legen sich für Verschlechterung der Vorlage ein

Der zehnjährige Bestand des Preussischen Landtages hat sich in zweiter Lesung mit dem Gesetzentwurf über die Umgestaltung der preussischen Landwirtschaftskammer beschäftigt und einige einschneidende Änderungen beschlossen. Die Reichsparteien gaben sich dabei wiederum die größte Mühe, die Weiterberatung der Vorlage zu verzögern und erst einen späteren Zeitpunkt zu verlangen. Sie konnten wieder mit der alten Begründung, daß die jetzige Zeitverhältnisse zur Umgestaltung der Landwirtschaftskammer sehr ungeeignet seien.

Die Demagogikanten gingen besonders stark auf den Demagogie aus. Sie versuchten den Arbeiterevertretern im Ausschuss ihre Beschlüsse dadurch besonders schmerzhaft zu machen, daß sie ihnen erklärten, zur Erreichung von Arbeiterangelegenheiten bei den preussischen Landwirtschaftskammern in der Art bereit zu sein, wie sie in anderen Ländern bestehen. Die Regierungskommunisten, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, lehnte diese Vorlegungen jedoch ab. Sie gab in ungewöhnlicher Weise zu verstehen, daß sie gewillt ist, die Gesetzesvorlage allen Schritten zum Landtag zuzuführen.

Bei der Beratung der Vorlage kam es auch zu einer eingehenden Erörterung über die Frage des Wahlalters und des Wählbarkeitsalters. Von den Reichsparteien wurde beantragt, das Wahlalter auf 25 und das Wählbarkeitsalter auf 25 Jahre herabzusetzen. Die Vorlage sah das Wahlalter auf 21 Jahre und das Wählbarkeitsalter auf 25 Jahre (wie bisher) fest.

Die letzte Beschlüsse ergab sich auch über die Frage der Wählbarkeit von Angestellten der Landwirtschaftsorganisationen. Es wurden sich dagegen in letzter Instanz die Demokratischen, Sozialdemokratischen, Zentrumsparteiler und — die Kommunisten aus. Es war besonders der befristete kommunale Abgeordnete Schulz-Knecht, der sich in der nichtentschiedenen Weise bemühte, die Wählbarkeit der Angestellten der Landwirtschaftsorganisationen zu verweigern. Er machte nur den beschwerlichen Tadel und den wichtigsten Demagogikanten nicht zu. Von

Freigewerkschaftliche Betriebsräte!  
Dienstag, den 14. Oktober, pünktlich 19½ Uhr,  
im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses:  
**1. Sitzungabend der Gruppe B**  
Teilnahmeberechtigt sind nur die mit roter Karte belieferten Betriebsräte.

organisation ist notwendiger denn je. Hinein in den Zentralverband der Angestellten!

## Bundesausschussung des ADGB

Der Bundesausschuss des ADGB trat am Sonntag in Berlin zu einer Beratung über die wirtschaftliche Lage zusammen. Die Beratungen, die mit einem Referat des Vorsitzenden Leppert eingeleitet wurden, sollen heute fortgesetzt werden. Zergemeinschaftete Beschlüsse wurden am Sonntag noch nicht gefaßt.

## Tariffkündigungen in der dänischen Eisenindustrie

Kopenhagen, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitgeber der dänischen Eisenindustrie haben für eine Kündigungsfrist von 1. Februar gekündigt. Die Kündigungen erfolgten in der Absicht einer starken Lohnreduzierung. Die Arbeitgeber hoffen, angesichts der schlechten Wirtschaftslage in Dänemark durchsetzen zu können. Von der Kündigung werden 45 000 Arbeiter betroffen.

## Wachsende Wohlfahrtslasten für die Gemeinden

Im Gegensatz zu den rückläufigen Unterstützungszahlen der Arbeitslosenversicherung hat das Meer der Wohlfahrts-erwerbslosen im Monat September eine neue, bedeutende Vermehrung erfahren. Nach der Erhebung des Deutschen Städtetages wurden in den Städten über 25 000 Einwohner mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen am 30. September 479 000 Wohlfahrts-erwerbslose (ohne Familienmitglieder als Zuschlagsempfänger) gezählt. Von diesen werden 53 000 als Fürsorgearbeiter beschäftigt. Gegenüber dem Ergebnis des Vormonats (445 000) ist für die genannten Städte eine neue Belastung der gemeindlichen Wohlfahrtspflege um weitere 7,6 von Hundert, gegenüber dem 31. Dezember 1929 aber eine Verdoppelung der zu betreuenden Erwerbslosen eingetreten.

## Wie der Kartoffelbau zu staatlichen Geldern kommt

Das Reichsernährungsministerium meldet das Zustandekommen des sogenannten Maizena-Abkommens als einen Skandal besonderer Art darstellend. Nach diesem Abkommen hat die Deutsche Maizena-Gesellschaft im laufenden Wirtschaftsjahr 220 000 Doppelzentner Kartoffelfrüchte abzunehmen und zwar zu einem Preis von 29 Mark und 1,50 Mark Frachtausgleich pro Doppelzentner. Andererseits darf die Deutsche Maizena-Gesellschaft bis zum 30. September 1931 in jedem Monat 6000 Tonnen (bisher waren 5000 Tonnen vorgesehen) Mais zum ermäßigten Verkaufspreis von der Reichsmaisstelle beziehen.

Die Dinge liegen so, daß der Reichsernährungsminister zugunsten der Kartoffelindustrie die Errichtung eines Zwangsartells durchführt. Die Deutsche Maizena-Gesellschaft wird unter Druck gezwungen, Kartoffelfrüchte zu übernehmen. Als Entgelt bekommt sie verbilligten Mais, dessen Uebernahmepreis man trotz Verbilligung als wahnhaftig hoch bezeichnen muß.

Der Sinn der Aktion ist, daß man auf einem komplizierten Umweg, der der Kontrolle des Parlaments entzogen ist, den Kartoffelbau staatliche Gelder zuzieht.



